

## **Perspektiven der Arbeit mit Geflüchteten und deren Integration**

*Impulsreferat für die Kreissynode (Witten) am 1.7.2017*

*Vizepräsident Albert Henz*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Schwestern und Brüder,

zunächst einmal herzliche Grüße aus dem Landeskirchenamt und Dank und Anerkennung dafür, dass Sie sich heute so ambitioniert der Arbeit mit geflüchteten Menschen widmen. Ihrer Resolution habe ich schon entnehmen können (und ich wusste das auch aus anderen Zusammenhängen), dass hier Engagement und Kompetenz vorhanden sind, denen ich möglicherweise gar nichts Neues zu sagen habe. Ich habe dennoch gern zugesagt, da ich auch die hörbaren Äußerungen in Kirche und Gesellschaft für unbedingt notwendig halte.

Ich beginne erstens mit der eindeutigen Feststellung, dass die Flüchtlingszahlen weltweit steigen, weil die Armut- und Konfliktsituationen nicht ab- sondern zunehmen. Es wird geschätzt, dass sich 65 Millionen Menschen auf der Flucht befinden. Das sind 3,2% der Weltbevölkerung. Deutschland hat 2015 890 000 Menschen aufgenommen, 2016 waren es nur noch 280 000. 40% der Flüchtlinge sind im eigenen Land unterwegs, die meisten anderen in Nachbarstaaten. Die Migration insgesamt umfasst z.Zt. weltweit ca. 230 Millionen Menschen. In Deutschland leben ca. 21% Menschen mit Migrationshintergrund. Auf dem Hintergrund dieser Zahlen und Verhältnisse sprechen wir uns als Kirchen strikt gegen Obergrenzen und Abwehr durch Zäune aus, sondern sehen die Verpflichtung zur Hilfe und zur Durchsetzung der auch in unserem Land anerkannten Menschenrechte, auch für Geflüchtete. Auch wenn Deutschland immer noch vergleichsweise viele Flüchtlinge aufnimmt, so bleiben doch grundsätzliche Fragen an die Politik. Wir sind auf Platz 5 der Länder im Export von Waffen. Wir geben nur ein Minimum des Geldes, das wir in Militärausgaben investieren in die Entwicklungshilfe und zivile Konfliktprävention der betroffenen Länder. In Afrika zu helfen und die dort agierenden zivilen Kräfte in einem ganz anderen Umfang zu stützen, für einen fairen Handel einzutreten, bleibt die erste Aufgabe und Herausforderung. Zum Glück ist unsere Kirche hier besonders aktiv. Wir sind aufgerufen dafür zu sorgen, dass diese Thematik auf der politischen Agenda stehen bleibt.

Ein zweiter Aspekt ist die Forderung nach humanitären Korridoren. Die Waldenser haben mit Italien desks jenseits des Mittelmeeres errichtet, bei denen fliehende Menschen eine legale Einreise beantragen können. So bleibt ihnen die lebensgefährliche Flucht mit Schleppern auf überfüllten und überalterten Booten und Schiffen erspart. Im Augenblick finden wir in der BRD für dieses Vorhaben noch kein Gehör – wir werden auch hier dafür sorgen, dass dieses Thema auf der politischen Agenda bleibt.

Ein drittes politisches Thema ist die Herausforderung, die EU Mitgliedsstaaten zu größerer Solidarität und Aufnahmebereitschaft zu bewegen – notfalls auch durch finanziellen Druck. Hier tragen Italien und das verarmte Griechenland gemäß Dublin III immer noch die Hauptlast und leisten bewundernswerte Rettungsaktionen und Erstaufnahmen.

Eine vierte Forderung an den politischen Raum ist seit langem die nach einem Einwanderungsgesetz. Ich habe Ihnen oben das Verhältnis von Flucht und Migration in Zahlen aufgezeigt. Derzeit ist die Asylthematik überlastet, weil sowohl die Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU, die Armutszuwanderung aus Osteuropa als auch die allgemeine Migration ausschließlich über das Thema Asyl abgewickelt werden. Nicht zuletzt dadurch sind die Behörden vollständig überlastet und dehnen sich die Beurteilungszeiträume in unverantwortlicher Weise aus. Dass lange Wartezeiten, die Enge in Unterkünften und Perspektivlosigkeit auch ein Nährboden für explodierende Situationen sind, leuchtet unmittelbar ein. Dennoch bleibt festzuhalten, dass die Straftaten durch Geflüchtete – sieht man einmal von den Terrorproblemen des IS ab – eher unterdurchschnittlich sind.

Die Bibel ruft uns Christen auf, die „Fremden“ gut zu behandeln. Ja, sie erinnert uns an unsere eigenen Migrationserfahrungen. Gottes Liebe ist global, nicht national oder völkisch. Auch in evangelischer Freiheit sind wir zum Dienst an den Menschen aufgerufen. Viele Gemeinden haben die Verheißungen Jesu im Umgang mit Geflüchteten als Wahrheit erfahren und stehen deshalb weiterhin bereit. Dass nicht nur die Rechtspopulisten die politische und mediale Diskussion bestimmen sondern auch wir uns deutlich äußern, gehört auch nach Meinung vieler Politikerinnen und Politiker zu unserer Aufgabe. Sie brauchen da unsere Unterstützung und Stimme. Deutlich machen dürfen wir auch die geschichtlichen Erfahrungen etwa in Genf und die aktuellen, sie bestätigenden Berechnungen, die hier nicht nur Risiken, sondern vor allem Chancen, selbst finanzieller Art aufzeigen.

Politisches Engagement setze ich also heute bewusst an die erste Stelle unserer Aufgaben.

Im zweiten Teil meiner Ausführungen gehe ich nun stärker auf Ihr Anliegen ein: was ist zu tun, wenn geflüchtete Menschen nun bei und unter uns sind.

Die weiterhin entscheidende Aufgabe ehrenamtlichen Engagements ist die Übernahme von Patenschaften. Der Umgang mit Behörden, mit Schulen, Finanzfragen ist selbst für Paten äußerst schwierig, schwerfällig und komplex, dazu mit großen Sprachbarrieren verbunden, so dass eine gute und verlässliche Begleitung eine enorme und entscheidende Hilfe darstellt. Die Unterstützung im Erlernen unserer Sprache, das Aufzeigen von Begegnungsmöglichkeiten mit der einheimischen Bevölkerung einschl. unserer Gemeinden ist ebenfalls von Bedeutung. Viele Rechtsfragen sind mit fachkundiger Hilfe unserer hauptamtlichen Mitarbeitenden zu klären. Es ist eindeutig, dass die Behörden z.Zt. zu einem eher restriktiven Umgang mit

den Betroffenen neigen. Natürlich gibt es auch weiterhin Bedarf an Kleidung, Möbel, Finanzierung von Freizeitangeboten u.a.m. Ich las zu meiner dankbaren Freude, dass 3 von 4 Deutschen zu dieser Unterstützungsaufgabe weiterhin bereit sind. Vielen Dank Ihnen allen!!

Manche Gemeindeglieder oder Kirchengemeinden bzw. Kirchenkreise haben aufgrund der politischen Aussage, dass nach Anerkennung staatliche Leistungen fließen, Verpflichtungserklärungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes abgegeben. Mittlerweile weigert man sich, die Kosten auch nach Anerkennung durch die öffentliche Hand zu tragen – ein Sachverhalt, den man wissen muss und den wir ebenfalls politisch thematisieren müssen.

Zum Glück finden nicht wenige Geflüchtete auch den Weg in unsere Gemeinden. Wo ist da Aufmerksamkeit für sie? Wenigstens in einer Lesung in ihrer Sprache? In der Begrüßung? In Gesprächskreisen? 2016 wurden in unserer Landeskirche mehr als 800 Geflüchtete getauft – oft unter kritischer Resonanz durch die Behörden. Diese haben zwar das Recht, die Ernsthaftigkeit der Konversion zu prüfen, lassen aber an der Art ihrer Überprüfung Zweifel aufkommen. Das konnte mittlerweile in politischen Gesprächen aufgezeigt werden. Die EKD stellt gutes Material sowohl für die seriöse Taufvorbereitung, die Taufe selbst als auch die Rechtsproblematik zur Verfügung. In unserer Landeskirche gibt es mehrere Modellprojekte zur Integration in unsere Gemeinden. 2018 wird es eine Hauptvorlage zum Thema geben.

Ansprechen möchte ich das Thema Kirchenasyl, wobei ich davon ausgehe, dass die Inanspruchnahme zunehmen wird. Insbesondere im beschleunigten Verfahren der Abschiebung in sogenannte sichere Herkunftsländer musste mir der zuständige Staatssekretär einräumen, dass die Verfahrensberatung nicht durchgehend gewährleistet ist. Das bedeutet, dass die persönliche Beurteilung nicht erfolgt, die aber verfassungsmäßig vorgeschrieben ist – was übrigens auch sonst bei der Bescheidung durch das BAMF oft nicht mehr gegeben ist. Die ZEIT hat hier eine dankenswerte Untersuchung geliefert. Diese Dinge fordern, klagen wir ein und brauchen eben weiterhin in Einzelfällen Aufschub zur Überprüfung der Bescheide durch z.B. die Verwaltungsgerichte. In Villigst haben wir im Institut für Kirche und Gesellschaft ein kompetentes Team zur Beratung. Gelegentlich schalten wir uns auch mit den Kirchenkreisen als Landeskirche in den Kontakt zu den zuständigen Ausländerbehörden ein. Bislang waren wir mit den zuständigen Ministerien hier in guten Kontakt – nach der Wahl muss das in NRW neu ausgelotet werden. Falls das BAMF die Fristen auf 18 Monate verlängern sollte, stellt das natürlich eine Riesenhürde für ein ehrenamtlich getragenes Kirchenasyl dar. Dennoch sind die Ergebnisse am Ende oft zugunsten der Betroffenen ausgefallen. Auch hier ein großer Dank denen, die sich dieser mühsamen Aktion unterziehen. Was Abschiebungen anlangt, ist NRW übrigens mittlerweile führend!

Neben den langen Bearbeitungszeiten durch das BAMF bleibt ein Problem auch die Überlastung der Justizbehörden. Natürlich sind Straftaten zu ahnden – häufig braucht es dazu wohl gar keine neuen Gesetze. Aber ihre Verfolgung bleibt häufig liegen, weil die Kapazitäten (übrigens auch zur Verfolgung rechtsverletzender populistischer Äußerungen) nicht ausreichen. Diese Phänomene und angekündigte Verschärfungen von Gesetzen belasten natürlich das gesellschaftliche Klima enorm und richten sich am Ende gegen eine Willkommenskultur. Diese Stimmung hat 2016 zu 3500 Übergriffen auf Asylbewerber geführt! In der Mischung mit dem Handeln des „sogenannten islamischen Staates“ aber auch der Konflikte mit der Türkei und manchen Staaten im arabischen Raum ist so auch eine gefährlich rechtspopulistische Propaganda entstanden, der Widerstand entgegenzubringen ist.

Manche Reaktionen erinnern leider an Aussagen, zu denen sich der „alte“ Luther gegenüber Türken auch schon einmal hingerissen sah – gelingende Begegnungen und Aktionen sind hier vonnöten. Ich bin dankbar für den Garten der Religionen auf der Landesgartenschau in Lippspringe, für gute Ausbildung in islamischer Theologie und entsprechenden Religionsunterricht, für alles Engagement für Familienzusammenführung gerade auch der jungen unbegleiteten Flüchtlinge – alles Maßnahmen, die die Integrationsbereitschaft und Integrationschancen fördern. Gerade hier im Ruhrgebiet ist doch eine enorme Kompetenz für Integration vorhanden. Sie hat schon ganz andere Herausforderungen gemeistert! Dankbar bin ich übrigens auch den Handwerksmeistern und Familienbetrieben, die intensiv für eine gute Integration in den Arbeitsmarkt und entsprechende Bleibeperspektiven werben.

Ein letztes: Integration wird nur gelingen, wenn wir auch die benachteiligten Gruppen unserer Gesellschaft nicht aus den Augen verlieren. Hier engagieren wir uns gerade für Langzeitarbeitslose und gegen Kinderarmut.

Kann sein, dass ich jetzt zu lang oder an der ein oder anderen Stelle zu kompakt gesprochen habe – jedenfalls danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.